



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 46; Juli 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

In der vorletzten Sitzungswoche vor den Sommerferien traf sich das Europäische Parlament zur Plenarwoche in Strassburg. Hier erläuterte der finnische Ministerpräsident Matti Vanhanen die Prioritäten des finnischen Ratsvorsitzes: Finnland hat am 1. Juli für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und löst damit Österreich ab. Neben vielen weiteren Themen auf der Tagesordnung gab es z.B. im Verkehrsbereich auch meinen eigenen Bericht zu den technischen Vorschriften für Binnenschiffe.

Prioritäten der finnischen EU-Ratspräsidentschaft

Finnland will sich während seiner Präsidentschaft auf die großen Herausforderungen Europas konzentrieren: Globalisierung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, demographische Entwicklung, Klimawandel und Sicherheit stehen auf der Agenda. Die Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist den Finnen ebenfalls ein großes Anliegen! Könnte das vielleicht damit zusammenhängen, dass der Erweiterungskommissar Olli Rehn ein Finne ist??? Der wäre jedenfalls fast arbeitslos, wenn die Verhandlungen mit der Türkei abgebrochen würden, denn nach dem voraussichtlichen Beitritt Rumäniens und

Bulgariens 2007 müsste er sich sonst nur noch mit Kroatien befassen ... Unsere Meinung zu den nicht vorhandenen Reformfortschritten der Türkei bekam die finnische Präsidentschaft jedenfalls schon jetzt in der Plenardebatte zu hören!

Technische Vorschriften für Binnenschiffe

In zweiter Lesung nahm das EP die Richtlinie "über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe" an. Ziel der Richtlinie ist es, die technischen Vorschriften und damit das Sicherheitsniveau der Binnenschifffahrt der EU an die Normen für die Rheinschifffahrt anzupassen, um so endlich für das gesamte europäische Binnenschifffahrtsnetz eine einheitliche Regelung festzulegen.

Bisher hatte das Gemeinschaftsrecht nämlich dort seine Grenzen, wo der Regelungsbereich der Mannheimer Akte von 1868 begann. Diese Akte bestimmt bis heute die Grundsätze für die Rheinschifffahrt. Daher konnte die EU für den Rhein keine Rechtssetzungsakte vornehmen, obwohl dort nahezu 80 % aller auf Binnenschifffahrtsstrassen der EU transportierten Waren bewegt werden. Erst seit dem Inkrafttreten eines Zusatzprotokolls zur Mannheimer Akte im Dezember 2004 besteht die Möglichkeit der gegenseitigen Anerkennung von Schiffszeugnissen.

Schon aus Gründen der Rechtssicherheit war es unumgänglich, technische Vorschriften für das gesamte Netzwerk der Binnenwasserstrassen festzuschreiben. Gleichzeitig werden durch die gegenseitige Anerkennung der Schiffszulassungen die Bedingungen für den fairen Wettbewerb verbessert und gleiche Ausgangsbedingungen für die Binnenschifffahrt im Gemeinsamen Binnenmarkt der EU geschaffen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Binnenschifffahrt in Europa im Gütertransport zu einer wettbewerbsfähigen Alternative zum Straßen- und Bahnverkehr werden kann!

Klimaauswirkungen der Luftfahrt

Im Wesentlichen geht es hier um die Forderung, ein eigenes Emissionshandelssystem für den Luftverkehr einzurichten. So sollen klimaschädliche Emissionen von Flugzeugen verringert werden. Das Europäische Parlament unterstützte grundsätzlich den Ansatz der Europäischen Kommission, wies aber auf die Notwendigkeit hin, nicht nur Flüge europäischer Fluggesellschaften, sondern auch Interkontinentalflüge, die in Europa starten und landen, mit einzubeziehen.

Vereinfachung der Mehrwertsteuererhebung

Ferner befassten wir uns mit der Vereinfachung der Erhebung der Mehrwertsteuer und der besseren Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Eine Überarbeitung der bestehenden Vorschriften war notwendig, da derzeit mehr als 140 Ausnahmetatbestände zur geltenden Mehrwertsteuerrichtlinie angewandt werden. Eine Vereinfachung dieses unübersichtlichen Systems ist deshalb ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des wachsenden Mehrwertsteuerbetrugs im Umfang von fast 20 Milliarden Euro jährlich allein in Deutschland.

Recycling von Altbatterien

In dritter und letzter Lesung beschlossen wir eine Richtlinie, die das Inverkehrbringen von Batterien und Akkumulatoren sowie Sammlung, Behandlung und Recycling von Altbatterien und Altakkumulatoren regelt. Die Richtlinie macht u.a. Vorgaben zur Kennzeichnung, zu Rücknahmesystemen und zu Verbraucherinformation und legt Sammel- und Recyclingziele fest. Die endgültige Beseitigung von Batterien in Abfalldeponien oder durch Verbrennung wird untersagt.

Strukturpolitik 2007-2013

Eines der zentralen Ziele der EU ist es, die Entwicklungsunterschiede der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern ("Kohäsionspolitik"). Durch die Osterweiterung hat sich das wirtschaftliche, soziale und territoriale Gefälle in der EU deutlich vergrößert. Die Kohäsionspolitik steht deshalb vor einer beispiellosen Herausforderung, die im Zeitraum 2007 bis 2013 mit ca. 308 Mrd. € (ca. 35,7% des Gesamtbudgets der EU) gemeistert werden soll.

Nun wünsche ich Ihnen eine schöne Sommerzeit und grüße Sie herzlich bis zum nächsten Straßburgbrief im September!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Tel. 0032-228-47383,

Fax: 0032-228-97383

E-mail: rsommer@europarl.eu.int